

Zusammenfassungen

Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert

Anhand einer Fülle von Forschungsergebnissen der letzten 20 Jahre wird im Beitrag die These vertreten, dass – im Gegensatz zur Idealvorstellung von Wissenschaft und Politik als festen, von einander getrennten Bereichen – die Beziehungen dieser Bereiche im 20. Jahrhundert als ständige Wechselwirkung und Ressourcenaustausch beschreibbar sind. Auf der Institutionen- beziehungsweise der sozialgeschichtlichen Seite gestalten sich die Beziehungsgeflechte weniger auf der Ebene der hohen Politik denn als ständig wechselnde Allianzen von hochrangigen Wissenschaftlern mit Politikern, Industriellen, Militärs oder Beamten der jeweils fachnahen Bereiche. Im Rahmen dieser Beziehungsgeschichte kommt es ferner und ungleich wichtiger vielfach zu inhaltlichen Wandlungen dessen, was jeweils Politik und Wissenschaft sein können oder dürfen. Dabei stehen sich zwei komplementäre Prozesse gegenüber: eine zunehmende Verwissenschaftlichung der Politik einerseits – das heißt, die Tendenz, politische Aufgaben als technokratisch lösbare Sachfragen zu behandeln – und eine Politisierung von Wissenschaft andererseits – das heißt, die Tendenz, sich der wissenschaftlichen Themen und Fragestellungen anzunehmen, welche politische Projekte wie staatliche Aufgaben aufzugeben scheinen. Somit sind Wissenschaftler im 20., wie übrigens auch im 21. Jahrhundert, keinesfalls nur Diener oder Nutznießer der Politik; oft genug hatten und haben sie maßgeblichen Anteil an der Formulierung und Ausgestaltung politischer Projekte. Beispiele dafür sind inzwischen quer durch alle Wissenschaftstypen belegbar. Auch für die Geistes- und Sozialwissenschaften gilt: Diese Beziehungsgeschichte kann nicht auf eine Ideologisierung vermeintlich wertneutraler Wissenschaft reduziert werden.

Kerstin Brückweh, Ein Akt planerischer Notwendigkeit oder „an exercise in applied racism“? Die Produktion von Wissen über ethnische Herkunft in britischen Volkszählungen

Der britische Zensus, der seit 1801 alle zehn Jahre durchgeführt wird, bildet die wichtigste Datengrundlage für sozialwissenschaftliche Erhebungen. Welche Fragen im Zensus gestellt werden, ist deshalb von hoher Bedeutung für die verschiedenen Anwender – seien es Markt- und Meinungsforscher, Anbieter von Konsumentenklassifikationen oder zum Beispiel die staatliche Sozialforschung selbst. Der Aufsatz zeigt allerdings, dass eine Frage nicht einfach von übergeordneter Stelle diktiert werden kann, sondern dass es sich vielmehr um einen in öffentliche Diskurse eingebetteten Kommunikationsprozess handelt, in den verschiedene historische Akteure involviert sind: Sozialforscher, deren Auftraggeber, Interviewer und

Befragte. Verlässliches Wissen kann aus Fragebögen nur dann generiert werden, wenn die Konzepte, Formulierungen und Antwortmöglichkeiten eindeutig sind. Ein Beispiel dafür ist die Frage nach dem Geburtsort und ihre Modifikationen (etwa die Frage nach der Nationalität), die im britischen Zensus eine lange Tradition hat. Auf Kritik vonseiten der Befragten traf diese Frage vor allem 1971, als in erweiterter Form nach dem Geburtsort der Eltern und damit indirekt nach der Hautfarbe gefragt wurde. Die Notwendigkeit der Datenerfassung wurde angezweifelt und die vermutlich rassistische Grundlage angeprangert. Markant ist ab den späten 1970er und vor allem den 1980er Jahren ein auffälliger Wandel innerhalb der Interessengruppen: Der Widerstand gegen die Frage wurde aufgegeben, der Nutzen (zum Beispiel die Beseitigung von Diskriminierung und die aktive Förderung von Minderheiten) wurde größer bewertet als der Schaden, allerdings nur dann, wenn die Frage im ‚richtigen‘ Wortlaut formuliert wurde. Der Aufsatz zeigt die Aushandlungsprozesse, die zur akzeptierten Frage führen und verknüpft so angewandte Sozialforschung mit Gesetzgebung und politischen sowie öffentlichen Diskussionen.

Heinrich Hartmann, Verwissenschaftlichte Moderne? Bevölkerungspolitische Handlungsfelder in der Türkei als Zonen komplexen Wissenstransfers von den 1940er bis zu den 1970er Jahren. Eine Skizze

Wie viele andere Entwicklungsländer auch stand die Türkei in der Nachkriegszeit im Fokus der internationalen Bemühungen um Geburtenkontrolle und Familienplanung. Doch was zunächst nur wie eine regionale Spielart einer globalen Bewegung aussah, entpuppte sich beim näheren Hinschauen als ein Grenzfall, an dem sich verschiedene wissenschaftliche Konzepte begegneten. Die politische Programmatik des türkisch-kemalistischen Nationalstaats und seiner wohlfahrtsstaatlichen Reformbemühungen setzte auf eine weiter wachsende nationale Bevölkerung. Die Modernisierungsbemühungen der internationalen Experten gingen dagegen vom umgekehrten Paradigma aus. Gerade in der Frage der ländlichen Modernisierung der Türkei ergab sich hierdurch ein offenes Spannungsverhältnis, das für die Umsetzung bevölkerungspolitischer Programme prägend blieb.

Vor diesem Hintergrund stellt der Aufsatz die Frage, inwieweit ein Transfer dieser Wissenskonzepte möglich war und wie ein vermeintlich rein wissenschaftlicher Ansatz zur Modernisierung in einem spezifischen nationalen Rahmen reinstrumentalisiert und durch die Übertragung in andere soziale Kontexte verändert wurde. Auf diese Weise wird das Konzept einer unilateralen Verwissenschaftlichung der Politik aus einer transnationalen Perspektive kritisch hinterfragt.

Ariane Leendertz, Vom Anfang und Ende einer wissenschaftlich-administrativen Mission. Nationalstaatliche Raumordnungspolitik in Deutschland 1935 bis 1975

Am Gegenstand der Raumordnungspolitik betrachtet der Aufsatz die miteinander verflochtenen Prozesse der Verwissenschaftlichung von Politik und der Politisierung von Wissenschaft. Im Mittelpunkt steht das von den 1930ern bis in die 1970er Jahre verfolgte Unterfangen, die Raumordnung als wissenschaftlich fundiertes Politikfeld auf nationalstaatlicher Ebene zu etablieren. Der Beitrag zeigt das stete Wechselspiel von Wissenschaft und Politik und sucht das vielfach diagnostizierte „Scheitern“ der Raumordnung auf Bundesebene in den 1970er Jahren auf verschiedenen Ebenen zu erklären. Obwohl immer mehr Wissen über die räumliche Entwicklung verfügbar war, ließen sich keine „besseren“ Lösungen durchsetzen. Der Chor der Beteiligten wurde vielstimmiger, die Rolle der wissenschaftlichen Experten kontroverser. Vor allem aber hatte die Raumplanung, wie der Aufsatz zusammenfassend argumentiert, ihre Problemkonzeption und ihre Lösungsinstrumente unter den Bedingungen der ‚klassischen‘ Industriegesellschaft und des industriellen Wachstums entwickelt. Die neuen Rahmenbedingungen und die neue Gesellschaftsformation, die in den 1970er Jahren zu entstehen begann, verlangten nach einem Anpassungsprozess, den die Raumplanung damals nicht zu vollziehen vermochte. Inwieweit sich die „Wissensgesellschaft“ als makrotheoretischer Analyse- und Deutungsrahmen für die gesellschaftlichen Transformationsprozesse seit den 1970er Jahren eignet, wird abschließend diskutiert.

Martin Lengwiler, Konjunkturen und Krisen in der Verwissenschaftlichung der Sozialpolitik im 20. Jahrhundert

Der Beitrag beleuchtet die Verwissenschaftlichung von Sozialversicherungen in westeuropäischen Sozialstaaten im 20. Jahrhundert, insbesondere die Rolle internationaler Organisationen wie des Internationalen versicherungsmathematischen Kongresses und der Internationalen Arbeitsorganisation darin. Die Argumentation verweist auf Krisen und Konjunkturen der sozialpolitischen Verwissenschaftlichung. Bis zum Ersten Weltkrieg war der Einfluss wissenschaftlicher Expertise mangels epistemischer Grundlagen noch gering. Die Zeit von 1914 bis 1945 bildete dagegen ein Laboratorium, in dem die sozialen und ökonomischen Instabilitäten sowie die davon ausgehenden Risikotransformationen fundamentale Lernprozesse ermöglichten. Der große Verwissenschaftlichungsboom fällt mit dem Ausbau der europäischen Sozialstaaten in den 1950er und 1960er Jahren zusammen. Die

Expansion der sozialen Sicherungssysteme schuf einen erhöhten Bedarf nach einem formalisierten Steuerungs-, Kontroll- und Planungswissen. Nicht zu übersehen sind die Grenzen der Verwissenschaftlichung: innere Grenzen wie die Berechnungsprobleme und Unsicherheiten des versicherungsmathematischen Fachdiskurses, aber auch äußere Grenzen wie die wissenschaftsferne Kultur vereinsbasierter und korporatistischer Sozialversicherungen. Insgesamt stellt sich die Verwissenschaftlichung der Sozialpolitik als ambivalenter und unvollendeter Prozess dar, zu dem auch die Einsicht in die Grenzen der Deutungsmacht wissenschaftlicher Expertise gehörte.

Torben Lütjen, Vom ‚Gospel of Efficiency‘ zum ‚War of Ideas‘. Zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Ideologien in den Vereinigten Staaten

Auch in den USA lassen sich für das 20. Jahrhundert vielfältige Prozesse der Verwissenschaftlichung von Politik beobachten. Einerseits waren die Ausgangsbedingungen hierfür angesichts des tief verwurzelten amerikanischen Fortschrittsglaubens besonders günstig. Andererseits jedoch standen diesem Projekt das Misstrauen gegenüber staatlichen Eingriffen und eine spezifisch amerikanische Tradition des Anti-Intellektualismus gegenüber, die den politischen Gestaltungsanspruch von Experten als elitäre Anmaßung empfand. Über die Etablierung der Sozialwissenschaften in der Progressive Era, die Planungsbestrebungen des New Deal bis hin zur „Great Society“ unter Lyndon B. Johnson, bestimmten diese beiden gegensätzlichen Pole die Diskussionen über die Möglichkeiten einer „rationalen“ und „effizienten“ Politik. Ende der 1960er Jahre erfolgte schließlich eine Zäsur: Der Aufstieg der konservativen Think Tanks signalisierte endgültig, dass über die Frage, welches Wissen als „objektiv richtig“ gelten konnte, kein Konsens innerhalb der amerikanischen Gesellschaft mehr herzustellen war. Damit aber erwies sich auch die Hoffnung von der Überwindung der Ideologien durch den Einsatz der Wissenschaft als Illusion. Statt dem „end of ideology“ kam es zum ‚war of ideas‘.

Johannes Platz, „Die White-Collars in den Griff bekommen“. Industrieangestellte im Spannungsfeld sozialwissenschaftlicher Expertise und gewerkschaftlicher Politik

Der Beitrag untersucht die Verwissenschaftlichung der Angestelltenpolitik in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland. Auf eine Darstellung des Forschungsstands und des methodischen Zugangs der Untersuchung von Diskurskoalitionen folgt eine Skizze des wissenschaftsgeschichtlichen Kontexts der Geschichte der

Industriesoziologie. Daran schließt die Fallstudie zur politischen Verwendung der Angestelltensoziologie an. Ausgehend von der gewerkschaftspolitischen Spaltung in die „Einheitsgewerkschaft“ der Angestellten, die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) und die Einheitsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die Industriearbeiter und industrielle Angestellte ebenso wie Angestellte des Dienstleistungssektors organisierten, werden die gesellschaftspolitischen Diskussionen, die sich am sozialwissenschaftlichen Theorem der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ entzündeten und die zu einer Renaissance der Angestelltensoziologie in Deutschland führten, untersucht. Dabei werden die konkurrierenden Diskurskoalitionen zwischen industriesoziologischen Experten und politischen Praktikern in Ministerien und Gewerkschaften analysiert.

Christiane Reinecke, Fragen an die sozialistische Lebensweise. Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED-,Fürsorgediktatur‘

Was passiert, wenn zwar die wissenschaftliche Forschung die Gesellschaft in soziale Gruppen untergliedert und deren Einstellungen erfasst, wenn dieses Wissen der betreffenden Gesellschaft aber nur begrenzt zugänglich ist? In der DDR wurden seit den 1960er Jahren an einer Vielzahl von Instituten empirische Studien mit Hilfe von Fragebögen oder Interviews durchgeführt, um DDR-Bürgerinnen und Bürger zu ihren Vorlieben zu befragen. Anhand der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit in der DDR geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, welche Funktion diesen Umfragen im Rahmen des SED-Regimes zukam und in welchem Wechselverhältnis empirische Sozialforschung, Politik und Gesellschaft zueinander standen. Dabei wird deutlich, dass der Austausch zwischen politischer Elite und Sozialforschung Konjunkturen unterlag: Während in den 1960er Jahren ein politisches Interesse an der wissenschaftlichen Fundierung von politischen Entscheidungen bestand, zeigte sich die SED-Elite in den 1970er und 1980er Jahren immer weniger bereit, die Ergebnisse der Forschung in das eigene politische Handeln einzubinden: Der Parteiführung war lediglich symbolisch an der Verwissenschaftlichung ihres Handelns gelegen. Damit wurden zwar von den empirischen Sozialwissenschaften weiterhin Umfragen durchgeführt und die Durchführung dieser Umfragen wurde politisch kontrolliert, doch waren deren Ergebnisse keiner breiteren Öffentlichkeit zugänglich und das produzierte Wissen konnte nicht zirkulieren.

Egle Rindzeviciute, Reinigung und Hybridisierung der sowjetischen Kybernetik. Die Politik der wissenschaftlichen Steuerung in einem autoritären Regime

Anhand der Geschichte der sowjetischen Kybernetik untersucht der Artikel die Aushandlung der Grenzen zwischen Technowissenschaft und Politik. Diese Beziehung wird mithilfe Bruno Latours Konzept der Hybridisierung und Reinigung analysiert. Seit ihrer Einführung in der Sowjetunion war die Kybernetik im Hinblick auf zwei Elemente des Politischen hybridisiert und gereinigt: erstens hinsichtlich der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei, zweitens mit Blick auf den Freund-Feind-Antagonismus. Der Beitrag wirft die Frage auf, ob die Hybridisierung der sowjetischen Politik mit der Kybernetik – so wie dies gemeinhin angenommen wird – tatsächlich ein eher negativ zu bewertendes Phänomen gewesen sei. Es wird weiterhin ausgeführt, wie sowohl Reinigung als auch Hybridisierung als Überlebensstrategien und Mittel der Kritik von sowjetischen Wissenschaftlern und Politikern benutzt wurden. Die sowjetische Regierung hatte eine streng rationale Begründung, um die politischer Neutralität von computergestützten Wissenschaften zu verfechten, denn auf diese Weise legitimierte sie den Transfer dieser Technologien aus dem Westen. Sowjetische Wissenschaftler hatten ihrerseits eine ebenfalls streng rationale Begründung für dieselbe Haltung, denn diese kam der Konstruktion ihrer professionellen Autonomie zur Hilfe.

Wilfried Rudloff, Expertenkommissionen, Masterpläne und Modellprogramme. Die bundesdeutsche Psychiatriereform als Paradefall ;verwissenschaftlichter‘ Politik?

Die Psychiatriepolitik bildet ein gesondertes Politikfeld mit eigenen institutionellen Arrangements und eigenen Handlungskordinaten. Im *policy*-Netzwerk der Psychiatriepolitik besetzt die medizinische Leitprofession der Psychiater die Zentralposition. „Verwissenschaftlichung“ der Politik stellte für die psychiatrische Expertenkultur nicht nur eine Reformstrategie, sondern auch eine Form des „boundary works“ dar, mit deren Hilfe sich die eigene Handlungsdomäne politisch absichern und arrondieren ließ. Der Beitrag analysiert die sich über mehrere Jahrzehnte erstreckende Geschichte der bundesdeutschen Psychiatriereform entlang der einzelnen Etappen des politikwissenschaftlichen *policy cycle*-Modells. Wissenschaft als politischer Akteur spielte in nahezu allen Phasen dieses Zyklus – von der Problemidentifizierung und dem Agenda-Setting bis hin zur Programmformulierung und Evaluation – eine gewichtige Rolle. Dabei ist zu beachten, dass die Psychiater als Berater der Politik zwar im Gewand und mit der Autorität der Wissenschaft auftraten, zugleich aber auch selbst *stakeholder* waren, ihr Wissen war somit „interessiertes Wissen“. Abschließend

wird deshalb die Frage nach den Grenzen gestellt, die einer Verwissenschaftlichung der Psychiatriepolitik gesteckt waren.

Tim Schanetzky, Aporien der Verwissenschaftlichung: Sachverständigenrat und wirtschaftlicher Strukturwandel in der Bundesrepublik 1974–1988

Einen Wandel der Wirtschaftsstruktur hat es zwar zu jeder Zeit gegeben, aber seit Anfang der 1970er Jahre stand die Bundesrepublik vor einer völlig neuen Situation. Während der Abschied von der gewohnten Dominanz des industriellen Sektors begann und der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft immer deutlicher hervortrat, fielen die hohen Wachstumsraten des Nachkriegsbooms fort. Diese hatten die sozialen Folgen des Strukturwandels bis dahin abgefedert. Wie verarbeiteten wirtschaftspolitische Beratungsgremien diese Situation? Der Beitrag zeigt, wie eng die Beobachtung des strukturellen Wandels mit einem Abschied vom Keynesianismus verknüpft war und wie grundlegend sich darüber zugleich die Mechanismen der Beratung veränderten. Wissenschaftliche Expertise wurde zugleich auf- und abgewertet: Sie galt aus legitimatorischen und instrumentellen Gründen als unverzichtbar, wurde jedoch immer vielstimmiger und widersprüchlicher. Wirtschaftspolitiker begegneten dieser Paradoxie mit offenen Bekenntnissen zum Pragmatismus. Anhand der politisch folgenlosen Expertisen zur Stahlkrise wird gezeigt, wie dies auf der Seite der Berater zu einer Dogmatisierung wirtschaftswissenschaftlicher Politikempfehlungen beitrug.

Elke Seefried, Experten für die Planung? „Zukunftsforscher“ als Berater der Bundesregierung 1966–1972/73

„Zukunftsforscher“ berieten ab Mitte der 1960er Jahre die Große Koalition und die sozial-liberale Koalition. Vor dem Hintergrund eines erweiterten politischen Planungsverständnisses, das um das Jahr 1970 euphorische Züge trug, sollte die Zukunftsforschung eine umfassend und langfristig gedachte Planungspolitik unterstützen. Ihre Aufgabe war es, Folgen von Handlungsoptionen und Entscheidungen zu prognostizieren, Aufbau- und Ablaufplanung anhand wissenschaftlichen Wissens effektiver und transparenter zu gestalten und damit Politik zu „modernisieren“ und zu „rationalisieren“. Dieser Aufsatz beleuchtet drei Träger aus dem Spektrum der Zukunftsforschung – die „Studiengruppe für Systemforschung“, das „Zentrum Berlin für Zukunftsforschung“ und die Prognos AG – und lotet die Interaktionsprozesse zwischen Wissenschaft, Politik und Ministerialbürokratie sowie die Ergebnisse und Wirkungschancen der Politikberatung durch Zukunftsforschung in

verschiedenen Politikfeldern aus. Er verdeutlicht, dass die Konstruktion einer „Allkompetenz“ der Zukunftsforschung, aber auch die Überschätzung des Systemcharakters von sozialen Formationen und eine mitunter hermetische Sprache, die sich jeweils aus der Rezeption kybernetischen Denkens speisten, Probleme generierten. Da dies mit einer Pragmatisierung des Planungsverständnisses der Bundesregierung einherging, spiegelten sich schon 1971/72 in den Grenzen der Politikberatung durch Zukunftsforschung auch die Grenzen einer politischen Planungseuphorie.

Roderich von Detten, Umweltpolitik und Unsicherheit. Zum Zusammenspiel von Wissenschaft und Umweltpolitik in der Debatte um das Waldsterben der 1980er Jahre

Auch wenn die Diskussion um das vermeintliche Sterben des deutschen Waldes in den 1980er Jahren inzwischen als rein historische Umweltdebatte wahrgenommen wird, wird die Waldsterbensdiskussion in aktuellen Umweltdebatten wie der zum Klimawandel sehr häufig als Vergleichsmaßstab herangezogen. Vor diesem Hintergrund diskutiert der Beitrag das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik in einem Problemzusammenhang, der durch die besonderen Bedingungen eines aufgeheizten gesellschaftlichen Katastrophendiskurses einerseits und einer weitgehenden wissenschaftlichen Unsicherheit über die Ursachen und notwendigen Gegenmaßnahmen andererseits geprägt war. Der Beitrag interpretiert die historische Waldsterbensdebatte mit Blick auf das bislang im Schatten der Aufmerksamkeit stehende Instrument der Waldschadensberichte und -zustandsberichte als Debatte, in deren Zentrum das Problem der Bewertung beziehungsweise des gesellschaftlichen Umgangs mit Nicht-Wissen, Risiko und Unsicherheit steht und in dem sich daher die Frage nach der Funktion von Wissenschaft, der Legitimation von Umweltpolitik und der Bedeutung von Politikberatung auf eine ganz eigene Weise stellt. Auf der Basis einer Beschreibung der Charakteristika des Waldsterbensdiskurses zeigt die Geschichte der zwischen politischem und wissenschaftlichem Charakter changierenden Waldschadensberichte und ihrer Rezeption in Wissenschaft und Umweltpolitik, dass die Bewertung der Waldsterbensdebatte auch unabhängig von der (retrospektiv ebenfalls nicht zu klärenden) naturwissenschaftlichen Frage nach der „Realität“ der Waldschäden zu erfolgen hat. Wo die Wissenschaft im Falle des Waldsterbens weder verlässliche Wahrscheinlichkeitsaussagen oder Prognosen noch alternative Ziel- und Handlungsoptionen liefern konnte und wissenschaftlicher Expertise zu keinem eindeutigen, politisch verwertbaren Ergebnis gelangte, ging es um eine genuin politische Entscheidung und die Umweltpolitik konnte sich auf einen vorhandenen Handlungskorridor beschränken und pfadabhängig entscheiden. Akzeptiert man die These

von der wichtigen Funktion, welche das Waldsterben im Rahmen der ökologischen Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland einnimmt, so muss die Waldsterbensdebatte als frühes Beispiel für den erfolgreichen umweltpolitischen Umgang einer Gesellschaft mit Unsicherheit und ökologischen Risiken unter starkem Handlungszwang beurteilt werden.